

## Nachwehen zu FABI und zur Einwanderungsinitiative

### Volle Züge?!

**Gerhard Lob** Der Ausgang der FABI-Abstimmung sorgte nicht nur bei Pro Bahn, sondern auch bei den SBB für Freude. SBB-Chef Andreas Meyer sagte am Abstimmungssonntag: „Mit FABI bekommen wir für die Zukunft nun eine solide Grundlage, um unseren Kunden und künftigen Generationen gute Angebote und Serviceleistungen sowie eine gute Infrastruktur anbieten zu können. Der Wert unserer Infrastrukturerhaltung darf nicht unterschätzt werden, auch in der kombinierten Mobilität. Ich danke allen, die für diese Jahrhundertvorlage gestimmt und diese aufgelegt haben“. Das Ja zu FABI sei nicht nur ein eindrücklicher Vertrauensbeweis, sondern auch eine Verpflichtung, „heute und in Zukunft Tag für Tag hohe Qualität und Leistung zu erbringen.“ Bahnkunden werden die SBB im Falle der Notwendigkeit gerne an diese Verpflichtung erinnern.

Weniger zufrieden war Andreas Meyer ganz offensichtlich über den Ausgang der Abstimmung zur SVP-Einwanderungsinitiative, auch wenn eine ähnliche Vorlage seiner Meinung nach in anderen europäischen Ländern das gleiche Resultat gebracht hätte. Dies machte er bei einem Treffen mit Schweizer Bahnjournalisten im Februar deutlich. Denn bei den SBB arbeiten sehr viele Ausländer, insbesondere im Gleisbau und Unterhalt. Diese fühlten sich offenbar vom Abstimmungsergebnis betroffen, auch wenn es wahrscheinlich gar nicht ihnen galt.

Schon die Abstimmungskampagne machte Meyer überhaupt keine Freude: Ständig wurden „volle Züge“ als Argument angeführt, um Ja zu stimmen und die Einwanderung zu bremsen. Das hat ihn geärgert. Denn volle Züge sind verständlicherweise ganz im Interesse von Meyer, leere Züge hingegen nicht. Und Meyer weiss, dass gerade ausserhalb der Stosszeiten viel zu viele Züge halbleer durch die Gegend fahren. Er sei auch schon mal in einem Zug gestanden, merkte er an; so schlimm sei das nicht.

## Fabelhaftes Ja zu FABI

Pro Bahn Schweiz reagiert mit Genugtuung auf den positiven Volksentscheid zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur.

**KS/GL** Der eidgenössische Urnengang zu Finanzierung und Ausbau der Infrastruktur des Schweizerischen Eisenbahnnetzes (FABI) am 9. Februar dieses Jahres stand im Schatten der Masseneinwanderungsinitiative. Gleichwohl hat er für das Bahnland Schweiz eine wegweisende Bedeutung. Denn es wird nun ein Fonds eingerichtet, aus dem Unterhalt und Ausbau der Bahnanlagen bezahlt werden. Dem Unterhalt wird in den kommenden Jahren eine gewisse Priorität gegenüber dem Ausbau eingeräumt.

### Hohe Zustimmung in Westschweiz

62 Prozent der Stimmenden und alle Kantone mit Ausnahme von Schwyz sagten Ja zu FABI. Besonders hoch war die Zustimmung in den Kantonen Genf (76,6 Prozent), Waadt (73,9), Basel-Stadt (72,2) und Tessin (71,7). Dies dürfte die Tatsache widerspiegeln, dass in der Westschweiz (Genfersee-Bogen) und in der Südschweiz der Nachholbedarf nach effizientem Bahnverkehr besonders hoch ist. In einigen kleinen Kantonen der deutschen Schweiz dürfte das Abstimmungsverhalten eine gewisse Skepsis gegenüber dem Bahnausbau spiegeln. So fielen in Unterwalden, Uri, Appenzell, Schaffhausen und Solothurn die Ja-Mehrheiten sehr knapp aus.

Mit grosser Freude und Genugtuung hat Pro Bahn Schweiz vom Endresultat Kenntnis genommen. Denn der Vorlage wehte insbesondere seit Anfang Januar ein scharfer Gegenwind entgegen. Das Votum der Bürger hat bestätigt, dass die Eisenbahn als umweltfreundliches Verkehrsmittel anerkannt wird, welches seinen Preis Wert ist.

### Pendlerabzug plafoniert

Mit FABI wird die Finanzierung des schweizerischen Eisenbahnnetzes auf eine sichere Grundlage gestellt, Budgetkürzungen aufgrund von Parlamentsbeschlüssen gehören der Vergangenheit an. Ebenso konnte in Bezug auf Steuergerechtigkeit die Gleichstellung zwischen Auto- und Bahnbenutzung bei der direkten Bundessteuer erzielt werden. Der Pendlerabzug beträgt neu maximal 3000 Franken, unabhängig davon, ob das Auto oder der Zug benützt wird. Einmal mehr hat es sich klar als Vorteil erwiesen, dass alle Regionen von Ausbauten profitieren werden. Dem Prinzip der Solidarität auch mit Randregionen ist also nachgelebt worden.

Pro Bahn Schweiz war Teil der Allianz für den öffentlichen Verkehr, welche sich aktiv am Abstimmungskampf im Lager der Befürworter beteiligte.



Ja zu FABI: Eine gute Nachricht für Bahnkunden (hier im Bahnhof Basel SBB).

Bild: Gerhard Lob